

Schlesische

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Distrikt Ostfalen (Section der Kommunistischen Internationale)

Verlagsschmiederei: Ringel-Str. 4 — 281, Durch den Mühlweg 17, 30 281
pro Woche, 70 — 281, pro Monat, Durch die Post 20 — 281
a. Nachsch. a. b. Verlag u. 281, Weberhofsstraße, 1 — 6 281
Druckereibesitzer: J. B. Probst, Schleifweg, 2, 6, 281, Breslau
Kassabüro: K. 51000 — Fernsprechkonsole: Ring-Str. 287

Sonnabend, 9. September 1922

Abendausgabe: Die Arbeiter-Zeitung, die
braun um 4 — 281, durch die Post 20 — 281
281, 281, 281, 281, 281, 281, 281, 281
281, 281, 281, 281, 281, 281, 281, 281
281, 281, 281, 281, 281, 281, 281, 281

Max Hoelz 5 Tage im Hungerstreik!

Genosse Max Hoelz ist aus dem Zuchthaus in Münster in das Strafgefängnis Breslau übergeführt worden. Die Qualen, die ihn hier erwarten, sind jedoch schwerlich geringere, als die, die er bis jetzt zu erdulden hatte. Am 5. ist Hoelz zum drittenmal in diesem Jahre in den Hungerstreik getreten, um seine Freilassung bis zur Wiederaufnahme seines Prozesses zu erzwingen. In einem neuen erschütternden Appell an die Arbeiterschaft, ihm in seinem Kampfe beizustehen, sagt er:
Ich bin nunmehr am Ende meiner körperlichen Widerstandskraft angelangt, und weil ich vermeiden will, daß mich die körperlichen Schmerzen und die seelischen Mißhandlungen und Quälereien durch den Direktor zu einem anderen Verzweiflungsschritt treiben, deshalb wähle ich den Weg des Hungerstreiks. Ich verlange meine Freilassung bis zur Wiederaufnahme meines neuen Prozesses, damit ich in anderer Umgebung meine Gesundheit und meine zerrütteten Nerven wiederherstellen kann. Genossen, ich bin mir bewußt, daß die Justizmache gar nicht daran denken wird, mich freizulassen. Sie wird mich viel eher verhungern lassen. Trotzdem werde ich meinen Entschluß durchführen. Wenn die deutschen revolutionären Arbeiter und Parteigenossen nicht sofort Initiative aufbringen, um eine Freilassung zu erzwingen, dann, Genossen, ist es auch wahrhaftig nicht schade darum, wenn ich mich hier zu Tode hungere. Ich glaube an den Sieg unserer herrlichen Idee. Dieser Glaube ist bei mir unerschütterlich, und diese Gewißheit wird mir auch die Qualen des Hungers leichter ertragen lassen.
Ich habe mich heute an verschiedene Genossen mit einem letzten Appell gewandt, weil ich nichts unversucht lassen will, um meine Kräfte der Partei und dem revolutionären Kampf zu erhalten. Mögen die Genossen, mag die Partei ihre Pflicht tun, wie ich sie stets getan habe. Max Hoelz.

Die deutsche Klassenjustiz denkt gar nicht daran, den zum „gemeinen Verbrecher“ gestempelten Hoelz freizugeben und dem Verlangen nach Wiederaufnahme seines Prozesses Folge zu leisten. Sie ist nämlich gerade damit beschäftigt, die Mitverschworenen der Rathenau-Mörder in aller Stille einen nach dem anderen freizulassen.

Es vergeht fast kein Tag, ohne daß mitgeteilt wird, daß der neugegründete Staatsgerichtshof „zum Schutz der Republik“ den einen oder andern in den Rathenau-Mord verwickelten Reaktor außer Verfolgung gesetzt und freigelassen hat. In einem dieser Fälle wird es selbst dem „Vorwärts“ zu bunt und er ereifert sich folgendermaßen:

„Sehr überraschend kommt die Mitteilung, daß sich unter den Haftentlassenen auch der Leiter des Deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbundes in Schwerin, Erich Bade, befindet. Er soll sogar gänzlich außer Verfolgung gesetzt sein. In den Zirkularen, die Bade an seine Mitglieder verandt hat, war ganz offen zu heimlicher Bewaffnung, zum Waffenschmuggel, zur Veranstaltung militärischer Übungen usw. aufgefordert worden.“
Während die sozialdemokratischen Führer also zugeben müssen, daß in Deutschland die Demokratie nur für die besitzende Klasse gilt, stellen sie sich gegen einen Revolutionär, den die Reaktion martert, mit der Bourgeoisie in eine Front.

Die Arbeiterschaft aber, die sich überall zur Aufnahme des Kampfes gegen die Verelendung rüftet, der zugleich ein Kampf gegen die Bourgeoisie auf der ganzen Linie sein muß, kann den Appell des Genossen Hoelz nicht unbeantwortet lassen. Sie muß alle Kraft aufbieten, um der Klassenjustiz ihr Opfer zu entreißen und alle politischen Gefangenen in die Kampffront der Arbeiterschaft wieder einzureihen.

Der „Verbrecher“ Hoelz.

Die bürgerliche Pressebranche bezeichnet Max Hoelz als gemeinen Verbrecher, und die Sozialdemokraten schämen sich nicht, dieser Niedertracht zugestimmen. Folgende Zeugnisaussage zeigt uns Max Hoelz so, wie er ist, als Mensch und politischen Kämpfer.

Selbra, den 21. August 1922.
Da es sich um Entlastungszeugen handelt, bin ich auch bereit, jederzeit für Genosse Max Hölz einzutreten. Ich war Zeuge einer Tat von Hölz, welche auf einen guten Charakter schließen läßt. Es war Mittwoch, den 28. März v. J., als ich am Gasthof „Zur Sonne“ vorüber kam. Dort stand ein alter Mann (früher Arbeiter bei Spielberg) und weinte. Als wir ihn fragten, warum er weine, erzählte er uns, seine Frau liege schwerkrank in Eisleben im Krankenhaus, und er könne sie wegen der Unruhen nicht besuchen. Wir waren ratlos. Als Hölz vorüber kam und er hörte, worum es sich handle, ordnete er an, daß eine Krutsche angespannt wurde; einem aber seiner Leute gab er Anweisung, Brot, Milch, Schokolade und einige Apfelsinen für die Frau des armen alten Mannes zu besorgen.
Solche Taten reden nur von einem edlen Charakter des Hölz.
(gez.) Hermann Reuschel, Selbra.

Für Freilassung von Max Hoelz.

Die Arbeiterschaft des Vogtlandes hat in großen Massenkundgebungen die Freilassung von Max Hoelz verlangt. Einstimmig wurden Resolutionen angenommen, die die Freilassung fordern. An den preussischen Justizminister am Zehnhoff wurde ein Brief geschickt, in dem die Arbeiter des Vogtlandes erklären, daß sie in Max Hölz einen ehrlichen politischen Kämpfer sehen und seine sofortige Freilassung verlangen. Dem Direktor Scheidjes wurde ein Schreiben zugesandt, in dem die Arbeiter den Direktor für jeden Schaden, den Hölz an seiner Gesundheit leidet, verantwortlich machen. An die Exekutive der Komintern wurde folgendes Schreiben geschickt:
An die Exekutive der Komintern
zu Händen des Genossen Sinowjew
Moskau.
Tausende von Arbeitern des Industriegebietes Vogtland fordern die Exekutive der Komintern auf, bei der Sowjetregierung vorstellig zu werden und zu ver-

langen, der deutschen Regierung den Vorschlag zu unterbreiten, gegen Austausch der zum Tode verurteilten Sozialisten-Revolutionäre, Max Hoelz zu entlassen.

Die Fellschammer Arbeiterschaft verlangt die Befreiung Hoelz!

Am 8. September fand in Fellschammer eine öffentliche gutbesuchte Volksversammlung statt, in der Genosse Ehrlich über die politische Lage sprach. An der Diskussion beteiligten sich SPD-Arbeiter, die sich auf unseren Boden stellten. Die Versammlung nahm einstimmig die folgende Resolution an:
„Die heutige öffentliche Versammlung der Fellschammer Arbeiterschaft ohne Unterschied der Parteien, verlangt die sofortige Amnestie für Max Hoelz.“
Die Bewegung für die Freilassung des Genossen Hoelz aus den Kreisen der Ebertrepublik ist durch die Massenkundgebung der vogtländischen Arbeiter in Fluß gekommen. Überall muß jetzt die Arbeiterschaft dem Beispiel der vogtländischen Arbeiter folgen und die Freilassung von Hoelz bis zur Wiederaufnahme seines Prozesses oder seinen sofortigen Austausch gegen verurteilte russische Konterrevolutionäre nach Rußland verlangen. Hoelz befindet sich seit fünf Tagen neuerdings im Hungerstreik, um den Martiern, denen er im Zuchthaus ausgegessen ist, ein Ende zu machen. Er vertraut auf die tätige Solidarität der revolutionären Arbeiterschaft, für die er jederzeit sein Leben eingesetzt hat, und von der er erachtet, daß sie sich auch für ihn einsetzt.

Für die Bourgeoisie ist die Gefangenschaft eines der tapfersten proletarischen Kämpfer das Symbol für ihre Macht, die Arbeiterschaft im Zaune zu halten und all ihre Ansprüche niederzuschlagen.

Für die Bourgeoisie ist die Gefangenschaft eines der tapfersten proletarischen Kämpfer das Symbol für ihre Macht, die Arbeiterschaft im Zaune zu halten und all ihre Ansprüche niederzuschlagen. Für die Arbeiterschaft muß die Erzwingung der Freilassung von Hoelz zum Auftakt neuer, erfolgreicher Kämpfe gegen den Knechtungs- und Verelendungswillen der Bourgeoisie werden.

Der ADGB mit Stinnes im Bunde!

Der parlamentarische Repräsentant des Stinneskonglomerats, Herr Stresemann, erklärt in einer Unterredung mit dem „8-Uhr-Abendblatt“:
„daß Industrie und Gewerkschaften sich die Hand reichen könnten, um gemeinschaftlich an dieser wirtschaftlichen Aufgabe zu arbeiten. Wird der linksradikalen Agitation der Erfolg versagt, dann kann das Abkommen auch der Anfang einer innerpolitischen Verständigung sein.“
Industrie und Gewerkschaften — deutlicher gesagt: Industrielle und Gewerkschaftsführer — reichen sich also die Hand.

Die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsführern, die „innerpolitische Verständigung“ mit der Sozialdemokratie soll des Gespenst des Klassenkampfes bannen. Die Widerstandskraft der organisierten Arbeiterklasse soll lahmgelegt, die freiwillige Übernahme des Jochs soll gesichert werden. Dann allein kann Stinnes die goldene Ernte einbringen. Er hat die Zuversicht, daß es gelingen wird. Stinnes ist ein nichterner Rechner und kein Phantast. Er muß für sein Vertrauen in die Gewerkschaftsführer ganz bestimmte Gründe haben. Was sind die Gründe? Haben die Spigen des ADGB bereits feste und bindende Zusagen gemacht?

Das deutsch-französische Abkommen muß den Widerstand des englischen Kapitalismus hervorrufen. Die englischen Grubenbesitzer und Stahlfabrikanten würden durch die Konkurrenz der vereinigten Schwerindustrie Deutschlands und Frankreichs, der Ruhrkohle und des lothringischen Eisens vernichtet werden. Das Wirtschaftsbündnis mit Poincaré bedeutet eine ständige Kriegsgefahr für das Proletariat.
In Deutschland selbst ist die Steuerung heute unentwärtlich: sie wird durch die Ausführung und Bezahl-

zahlung der Stinneslieferungen ins Maßlose getrieben. Die Steuern sind heute drückend: sie werden durch die staatliche Finanzierung der Stinnesverträge verzehnfacht. Die Löhne sind heute jämmerlich: sie werden durch die weitere Geldentwertung dezimiert. Der Achtstundentag ist heute gefährdet: er soll zugunsten des Wiederaufbauprofits gemeuchelt werden.

Alle bisherige kleinstädtische Erfüllungspolitik, alle Umsälle des gestorbenen Rathenau und alle Rückzüge des sterbenden Wirth waren nur Kinderspiel gegen das, was jetzt kommt. Die wirkliche Erfüllung fängt erst im jetzigen Augenblick an, da die deutsche Großbourgeoisie die deutschen Proletarianer Hereros und Kaffern für 100 Milliarden Mark an das französische Eisenhütten-Komitee verkauft.

Warum weigert sich der Hauptvorstand des ADGB, warum weigern sich die sozialdemokratischen Parteileitungen, das Proletariat zum Kampf gegen die Verelendung aufzurufen?

„Der Vertrag ist unterschrieben!“ stellte der „Vorwärts“ am 6. September fest. Aber die Urchrift des Dokumentes wurde bereits am 14. August in Niederheimbach am Rhein verfaßt. In Regierungskreisen war der Vertrag schon vor mehr als drei Wochen bekannt. Sollten die Herren Bauer, Schmidt, Köster und Radbruch, denen der Vertrag bekannt war, ihren Parteigenossen im Vorstand des ADGB keine Mitteilung davon gemacht haben? Zweifellos taten sie es. Das hatte bereits 11 Tage später seine fasnischen Folgen. Am 25. August, als der Dollar auf 2000 stand und die Gewerkschaftsführer, angeblich zwecks Durchführung der famosen „Steuerungssaktion“ mit dem Reichsfinanzler verhandeln, schreibt der „Vorwärts“ einen Alarmartikel mit der Ueberschrift: „Ententebolschewismus“.

...denen hier, ebenfalls der Inhalt kann zu sein, ...

Schlesische Kundgebung.

Das Waldburg wird uns berichtet: ...

Es ist eine Schande ...

Aus den Betrieben.



Die Linke-Hofmann-Arbeiter streiken weiter.

Die Aktionäre der Linke-Hofmann-Werke, bezw. der Verband Schlesischer Mittelindustrieller, lehnt es ab, mit den Streikenden zu verhandeln, ehe nicht die Arbeit wieder aufgenommen ist.

Was aber tun die Betriebsräte und Gewerkschaften? Unterstützen sie die Streikenden? Nein, sie lehnen es ab, den Kampf anzuerkennen oder zu führen.

Die Linke-Hofmann-Arbeiter müssen die Konsequenzen aus diesem Kampfe ziehen. Sie müssen erkennen, daß sie allein nicht imstande sind, den Gegner niederzuringen.

...der Herr Doktor meint wohl, er sei gegen Au-

...auf diesen Weg ist es möglich, Geld und

Am Montag, den 4. September, verunglückte auf dem Albertsbach der Grube Wlad auf in Nischenau der Kohlenbauer Heinrich Jesumelt aus Galdsdorf.

Deffentl. Volksversammlung

Montag, 11. September, abds. 7 Uhr in den Zentral-Hallen, Westendst.

Max Hoelz und die Klassenjustiz

Referenten: Ernst Haegewisch - Celle, Verteidiger von Max Hoelz. Wilhelm Koenen - Berlin, M. d. R., von der Zentrale der KPD. Alfred Oelbner - Breslau, Bezirksleiter der KPD.

auf den Fuß, wodurch ihm das Schienbein gebrochen wurde. Das ist das vierte Opfer innerhalb vier Wochen auf demselben Schachtel.

Gewerkschafts-Bewegung.

Zum Streik der Waldenburger Bauarbeiter. Nachdem sämtliche auswärtige Kollegen abgereist sind, dürfte es den Unternehmern schwer fallen, ohne eine den heutigen Tagespreisen entsprechende Zulage diese wieder ins Streikgebiet zu bekommen.

Der Tempel

Roman von

41) Germania zur Mühlen.

„Wenn ich den Herrn Professor richtig verstanden habe, so ist Ihnen eine Zusammenfassung gelungen, die die bereits bekannten weit übertrifft.“

„Gustav grinst. „Das will ich meinen, daß meine Formel besser ist.“

„Wir haben nun erwartet“, fuhr der Unterstaatssekretär salbungsvoll fort, „daß Sie, Herr Doktor, uns Ihre Erfindung anbieten würden.“

„Weshalb sollte ich Ihnen das Angebot machen?“

„Wir wissen ja, aus welcher echt patriotischer Familie Sie stammen. Ihr Herr Bruder hat an der Front wahre Heldentaten verrichtet und ...“

„Mein Schwager sitzt im Gefängnis.“

Der Unterstaatssekretär schien peinlich berührt. Begütigend legte er die Hand auf Gustavs Schulter.

„Mein lieber Doktor, niemand ist für angeheiratete Verwandte verantwortlich; es fällt niemandem ein, Ihnen aus dem unpatronischen Verhalten Ihres Schwagers einen Vorwurf zu machen.“

„Ich bin kein Patriot.“ Gustav begann ungeduldig zu werden.

Der Unterstaatssekretär wehte unruhig auf seinem Sessel hin und her.

„Der Herr Doktor meint wohl, er sei gegen Au-

„Schließlich nahm der Unterstaatssekretär wieder das Wort. „Es ist Ihre Pflicht, Herr Doktor, uns die Formel auszuhändigen; das müssen Sie doch selbst einsehen?“

„Wenn ich es aber nicht einsehe?“

„So werden wir, so leid uns dies auch tut, zu strengeren Maßnahmen schreiten müssen.“

Jetzt verlor Gustav die Geduld. Er schnellte auf und schrie seinen Gast an:

„Strengere Maßnahmen! Wer gibt euch ein Recht auf mein Gehirn und dessen Erzeugnisse?“

Auch der Unterstaatssekretär hatte sich erhoben, blaß vor Zorn starrte er auf Gustav. „Sie werden die Regierung zu Schritten zwingen, Herr Doktor, die Ihnen äußerst unangenehm sein dürften.“

„Ich pfeife auf eure verdammte Regierung!“

„Nur: Ach vor Wut, riß Gustav die Schreibstube auf, zog einen beschriebenen Zettel heraus und zerriß ihn, bevor ihn die beiden daran hindern konnten, in kleine Stücke.“

„So, Excellenz, jetzt lassen Sie eine Hausdurchsuchung vornehmen, das war die Formel!“

„Aber da drin in meinem Kopf

...die Herr Professor ...

...die Herr Professor ...

...die Herr Professor ...

...die Herr Professor ...

...die Herr Professor ...

...die Herr Professor ...

...die Herr Professor ...

...die Herr Professor ...

...die Herr Professor ...

...die Herr Professor ...

...die Herr Professor ...

...die Herr Professor ...

...die Herr Professor ...

...die Herr Professor ...

...die Herr Professor ...

...die Herr Professor ...

...die Herr Professor ...

...die Herr Professor ...

...die Herr Professor ...

...die Herr Professor ...

...die Herr Professor ...

...die Herr Professor ...

...die Herr Professor ...

...die Herr Professor ...

...die Herr Professor ...

...die Herr Professor ...

...die Herr Professor ...

...die Herr Professor ...

...die Herr Professor ...

...die Herr Professor ...

Breslau. Soziale.
Ferdinand Seifels und Edward Bernstein.
 Die SPD hat sich mit der USPD gemeinsam ein Aktionsprogramm herausgegeben, das die endgültige Lösung von der proletarischen Revolution, von Karl Marx und Friedrich Engels befohlen und die USPD in den Dienst des kapitalistischen Staates stellt.
 Die Breslauer SPD hielt am Sonntag eine Versammlung. Welchen Kassen steht sie? Dem jungen Revolutionär oder aber dem Mann, der mit Edward Seifels zu erstreben möchte, der den revolutionären Klassenkampf durch die über allem stehende Staatsidee und durch das Mittel der Genossenschaften vertritt?

Daran kann nicht gezweifelt werden. Wird ja Edward Bernstein, der notorische Verfälscher des Marxismus, die Gebetsformeln, Er, der erste Vertreter der Arbeitergemeinschaft, der Koalition mit dem Bürger, kann heute mit Benutzung feststellen, daß Kasse über Marx, er Bernstein über den einstigen Kautsky in der sozialdemokratischen Führerschaft gestellt haben: seine Partei ist keine Massenpartei mehr, sie hat demgemäß keine proletarischen Anschauungen. So ist auch nicht die Internationale ihr Lied, sondern die „Marxkassette“ und „Deutschland, Deutschland, aber alles!“

Altwasser.
Mietervereine. Am vergangenen Sonntag hielt der hiesige Mieterverein seine Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende Strohsfeld eröffnete dieselbe mit einer reichhaltigen Tagesordnung. Nach Verlesung des Protokolls verlas Mitglieds-genosse Strohsfeld ein Schreiben vom Magistrat. Darin wurde mitgeteilt, daß die Stadt beabsichtigt, die Straßenreinigung wegen finanziellen Schwierigkeiten an die Hausbesitzer zu vergeben. Dem Mieterverein Waldenburg-Altwasser ist nun dies durch den Magistrat mitgeteilt worden. Bei Vergebung an die Hausbesitzer würden circa 45 Männer und Frauen erwerbslos werden, auch würden die Hausbesitzer diese Kosten in verschärfter Maße auf die Mieter umlegen und es würden sich auch andere Schwierigkeiten ergeben. In der Aussprache über diesen Punkt einigte man sich dahin, daß bewirkt werden soll, daß die Straßenreinigung der Stadt verbleibt. Dem Magistrat wird empfohlen, eine Kopfsteuer von sämtlichen Steuerzahlern einzuführen. Das Einkommen der Bescheidenden soll in entsprechender Weise herangezogen und eine Stafflung vorgenommen werden. Industrielle Betriebe sollen besonders herangezogen werden. Invaliden (Sozialrentner) und Witwen, die ein Einkommen unter 20 000 M. haben, sollen frei ausgehen. Die Vorstände der Mietervereine werden alle diese Wünsche formulieren, und den Antrag dem Magistrat einreichen. Die Kündigung der Arbeiter muß rückgängig gemacht werden. Zum 3. Punkte berichtete Mitglieds-genosse Schubert über die neuen Hundertfüße, die uns das Reichsmietengesetz gebracht hat. Wenn uns auch das Gesetz nicht befriedigt, so räumt es den Mietern immerhin bedeutende Rechte ein. Und an den organisierten Mietern wird es liegen, diese Rechte voll auszunutzen. Die ausführenden Bestimmungen werden in der Mieterzeitung veröffentlicht werden. Jeder Mieter muß sich dieses gut aufheben. Auch wird in der Obmannerversammlung am 24. 9. noch Aufklärung geschaffen werden. Unter Punkt 4 wurden folgende Delegierte zum Bezirksrat der Mietervereine gewählt: Strohsfeld, Sieber, Wienslawsky, Jäger, Schubert, Wollny, Breit-Schneider und Pabel. Der Bezirksrat findet am 15. Oktober in Altwasser (Weißes Hof) statt. Als Delegiertentafel wurden pro Person 250 M. festgesetzt. Nachdem noch einige einige Beschwerden über Hausbesitzer ihre Erledigung gefunden hatten, schloß Vorsitzender Strohsfeld die gut besuchte Versammlung.

Langenbielau.
Proleten Cafe. Am Sonnabend nachmittag wurde die Arbeiterin Kaduta von hier, 35 Jahre alt von dem Personenauto des Kaufmanns Venzelberger überfahren und circa 10 Meter mitgeschleift. Die Frau ist unter entsetzlichen Schmerzen gestorben. Arg zugerichtet mußte sie mit großer Mühe aus den Rädern herausgehoben werden. Hier ist eine exemplarische Strafe am Platz. Im Dorf rasen die Autos in einem Tempo, das geradezu empörend ist. Wieviel Proleten sollen noch Leben und Gesundheit einbüßen, bis wirklich durchgreifende Anordnungen geschaffen werden?
Eine offene Mitglieder-Versammlung findet am Sonnabend im Kinoaal bei Dieter statt. Gewisse Forderungen wird über „Proletarische Bildungsarbeit“ sprechen. Genossin und Genosse erscheinen vollständig, denn die Tagesordnung ist reichhaltig. Sympathisierende und Zeitungsleser sind eingeladen.
Eine Mutter-Wirtin! Im Hause Behnstraße 31 wohnt eine besonders tüchtige, aufmerksame Hauswirtin. Sie gibt recht herzlich acht, daß jeder Hausbesitzer Ordnung hält. Sie selbst ist aber vom Dreck weit entfernt. Die Bewohner des Hauses sollen an besten die Küche als Fleck benutzen, denn sonst wird die Abfeggrube zu zeitig voll und auf den Abort möchte auch kein Mensch gehen, denn das Räumchen ist zu teuer. Der dort hin geht, muß auch erst Wasser humpen lassen, denn die Pumpe geht kaputt. Wenn ein Bewohner des Hauses einmal Befehl erhält, nach der Dreck geht wieder fort, so kommt die „Könige Frau Wirtin“

...übertragen mit ...
 ...nicht mehr zu langell

Proletarische Eltern!
 Versäumt die Frist nicht.
 Am 10. September ist der letzte Tag.
Meldet eure Kinder zur weltlichen Schule an!

Peterswaldau.
Oeffentliche Vollversammlung der SPD. Am 30. August fand hier in Petruska's Saale eine öffentliche Vollversammlung der SPD statt. Die Versammlung fand statt, weil die SPD die Woche vorher eine hatte und ihr Referent sich bemühte, eine Stunde lang die Kommunisten herunterzureißen und die Versammelten sogar aufforderte unsern Genossen Gräß in der Diskussion nicht sprechen zu lassen. Wir berichteten schon über die Versammlung. Trotzdem die Versammelten von der SPD aufgefordert worden waren, unsere Versammlung nicht zu besuchen, war diese sehr gut besucht. Der Arb. Gesangsverein sang vor Beginn die Internationale. Als der Versammlungsleiter die Anfrage richtete, ob ein Korreferent erschienen sei, meldete sich keiner und aus der Versammlung kamen Zurufe wie Feiglinge. Genosse Gräß, der als Referent erschienen war, ging auf das Referat des Herrn Krähig (SPD) in der vergangenen Woche ein. Die Versammlung zog den Schluß, daß Krähigs Ausführungen nur freche Demagogie gewesen sind. Gräß erklärte, daß die Zeit kommen wird, wo alle Arbeiter, ob SPD, USPD, KPD, Christliche oder Hirsch-Dunersche, zusammen stehen werden, um gemeinsam um ein Stück Brot zu kämpfen. Daß das Referat von den Versammelten gut aufgenommen wurde, bewies der tosende Beifall. In der Diskussion meldeten sich verschiedene Redner zum Wort und stellten Fragen, z. B. wie die Umfahsteuer sich auswirkt, über die Verleumdungen Sowjets-Rußlands usw. Genosse Gräß begründete diese Fragen und meinte, es solle reichlich davon Gebrauch gemacht werden, da der Referat nicht wissen kann, was die Versammelten am meisten interessiert. Genosse Gräß wies nach, daß der Kampf der Arbeiterklasse um ein Stück Brot gegen die Regierung bedeutet. Es müsse unbedingt der Kampf auf breiter Linie aufgenommen werden. Dazu gehört, daß die Gewerkschaften und der A. S. O. B. geschlossen werden, die 10 Forderungen und besonders die Erfüllung der Sachwerte durchzuführen. Die Versammlung wurde mit dem Lied „Sord-Folsen“ geschlossen.

Aus technischen Gründen
 mußte die
Tribüne für proletarische Kultur und Arbeit
 diesmal wegfallen.

Waldenburg.
Das Arbeitersekretariat gibt folgende Warnung bekannt:
 In letzter Zeit wurden beim Arbeitersekretariat häufig Streitfälle angebracht wegen Kaufverträgen, die mit Reisenden auswärtiger Firmen abgeschlossen worden sind, aber ausgelöst werden möchte. Anscheinend sind vor allem sehr viele Bestellungen bei Seidemann und Brodmann in Breslau 5, Gartenstraße 6, gemacht worden. Wir weisen deshalb darauf hin, daß bei einem derartigen Kaufvertrag unterschrieben wird: 1. Einzelne Aufträge können unter keinen Umständen rückgängig gemacht werden. 2. Jede mündliche Vereinbarung gegen den Inhalt dieses Schreibens ist ungültig. 3. Reklamationen werden nur drei Tage nach Empfang der Ware berücksichtigt. 4. Rücksendungen werden nicht angenommen. 5. Niederlegungsmöglichkeit vorbehalten. 6. Gelehen und genehmigt im Einverständnis des Mannes, Vaters bzw. des Botenwunders. Die Unterschriften zu den Kaufverträgen werden nur weisentlich gegeben, ohne daß die unter 6 angegebene Bedingung tatsächlich erfüllt worden ist. Trotz alledem kann aber, wenn die Unterschrift gegeben ist, nichts daran geändert werden. Sehr häufig ist es auch, daß auswärtige Firmen Aufträge von 4 bis 20 Prozent auf den vereinbarten Preis fordern. Wir warnen deshalb davor, leichtfertige Kaufverträge abzuschließen.

K * P * D
Kommunistische Partei Deutschlands (K. P. D.)
Bezirksleitung: ...
Bezirksleitung: ...
Bezirksleitung: ...

Unterbezirk Breslau. ...
Unterbezirk Waldenburg. ...

Unterbezirk Waldenburg. ...
Unterbezirk Stegnitz. ...

Sorgt für die hungernden Rußlands!
 Verantwortlicher Redakteur: Karl Gräß; Inserate: ...
 Als Eispaß wird das Birkus-Buschgebäude am Luisenplatz am Sonnabend abend um 8 Uhr eröffnet. Der Vorverkauf für die Eröffnungsvorstellung des Eisballettes vom Berliner Admiralspalast hat schon stark eingesetzt, ein Zeichen für das regere Interesse an dieser Darbietung, welches ein gesellschaftliches Ereignis zu werden verspricht. — kein Wunder, da Breslau zum ersten Male erlebt, daß eine sommerliche Eisfläche in seinen Mauern mit künstlerischen, sportlichen und tänzerischen Aufführungen geboten wird. Das Eisballett ist auf dem Wege nach Breslau und wird hier nur kurze Zeit auftreten, weil es alsdann bereits eingegangenen Verpflichtungen nach England Folge zu leisten hat.

Stabelwitz
 Fahrräder, Grammophone, Nähmaschinen, liefert preiswert.
Paul Lüdecke.
 Reparaturen billigst.
Anzüge
 Cartaway, Hosen, Schäfte, Ullster, Stoffe usw. empfiehlt sehr preiswert.
Max Landsberg.
 Gräbschener Str. 2.

Alfred Schlegler
Nähmaschinen
 auch auf Teilzahlung.
 Schmiedebrücke Nr. 29a.

CIRCUS BUSCH
 Die Bajadere
 Die Frau im Harnisch
Liebig-Theater
 Täglich 7 1/2 Uhr.
Das große September-Programm
Zeltgarten
 In prachtvollen Garten täglich 8 Uhr.
Das große Variete-Programm